



**Manifest
von PES Local | Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas
zur Europawahl 2019**

**Wir sind alle Europa:
Für ein freies, gerechtes und solidarisches Europa mit starken Kommunen**

Wien, 25. April 2019

Die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas setzen sich ein für ein soziales Europa, das geprägt ist von den Grundsätzen von Freiheit und Demokratie, von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Im Mittelpunkt der europäischen Politik müssen immer die Bürgerinnen und Bürger Europas stehen. Unser vorrangiges Ziel ist die Schaffung menschenwürdiger und gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Europa. Keine Frau, kein Mann und kein Kind darf zurückgelassen werden. Dafür kämpfen wir SozialdemokratInnen in allen EU-Mitgliedstaaten.

Wir leben in turbulenten Zeiten. Mit Großbritannien steht das drittgrößte EU-Land vor dem Austritt aus der EU, Handelskonflikte drohen und in der Ukraine, nur drei Flugstunden entfernt von Brüssel, finden bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Viele Menschen haben das Vertrauen in Politik und in die EU verloren und werden von Populisten und Nationalisten mit vermeintlich einfachen Lösungen für komplexe Herausforderungen verführt.

Für eine egoistische, populistische und rückwärts gerichtete Politik darf es in Europa aber keinen Platz geben! Gerade jetzt müssen wir Gesicht zeigen und für unser gemeinsames Europa kämpfen. Populismus, Nationalismus und plumpe antieuropäischer Hetze müssen und werden wir uns ebenso entgegenstellen wie Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Europa ist nicht das Problem, Europa ist und bleibt die Antwort auf die Herausforderungen, die vor uns stehen. Denn es gibt vieles, was wir eben nicht nur lokal und national lösen können. Das fängt beim Klimaschutz an und hört bei der Wirtschafts-, Asyl- und nicht zuletzt der Sicherheits- und Friedenspolitik auf.

Zuvorderst ist und bleibt Europa das große Friedensprojekt. Es ist seit Jahrzehnten Garant für Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand. All das ist für viele Menschen so selbstverständlich, dass wir in diesen Zeiten wieder nachdrücklicher daran erinnern müssen, wie es auf unserem Kontinent vor 1945 ausgesehen hat, welches Leid Krieg, Diktatur und Rassenwahn über die Menschen gebracht hat.

Die Europawahl 2019 ist auch für die Kommunen Europas von großer Bedeutung. Denn die Europäische Union besitzt in zahlreichen Bereichen Kompetenzen, die sich auf die Gestaltung von Politik und das kommunale Handeln in vielfältiger Weise auswirken.

Wir brauchen einen tiefgreifenden Politikwechsel in Europa. Europa muss sozial gerechter, bürgernäher und demokratischer werden. Wir, die Sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas, unterstützen das Programm der SPE für die Europawahl 2019. Europa braucht einen neuen Sozialvertrag mit starken Sozialstaaten, sozialen Sicherungssystemen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Die Früchte des Wachstums müssen gerecht verteilt und Wohlstand sowie soziale Sicherheit gefördert werden. Wir wollen, dass mit unserem Spitzenkandidaten Frans Timmermans, künftig ein Sozialdemokrat an der Spitze der Europäischen Kommission steht, und die Politik der Europäischen Union hin zu einem sozialen Europa gestaltet.

Auf lokaler Ebene ist die Sozialdemokratie weiterhin eine Macht. In zahlreichen Städten und Gemeinden gestalten sozialdemokratische BürgermeisterInnen und MandatsträgerInnen tagtäglich eine an den Bedürfnissen unserer BürgerInnen orientierte Politik. Die Menschen wissen, dass SozialdemokratInnen stets den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Fokus haben. Wir haben die größte Problemlösungskompetenz wenn es um die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie die Sicherstellung von sozialer Teilhabe und Integration geht. Bei großen Zukunftsfragen wie dem Klimawandel, der Energiewende und der Digitalisierung stehen wir für sozial- und stadtverträgliche Lösungen.

Die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas bekräftigen vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen vor denen wir in Europa stehen und dem Aufkommen antieuropäischer, populistischer und rechtsextremer Bewegungen:

- Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft ist und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik.
- Wir SozialdemokratInnen stehen für Solidarität zwischen reicheren und ärmeren Regionen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa zu schaffen.
- Zur Solidarität gehört auch mehr Steuergerechtigkeit. Alle Großunternehmen müssen ihren gerechten Beitrag leisten und ihrer Steuerpflicht nachkommen. Gewinne müssen versteuert werden, wo sie erzielt werden.
- Unser Europa steht für die Werte der Demokratie und für Solidarität, für Weltoffenheit, Toleranz und Dialog. Wir stehen für ein Europa frei von Diskriminierung, Vorurteilen und Sexismus.
- Den Kommunen und Regionen Europas kommt bei der Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts eine herausragende Rolle zu.
- Nachhaltiges und faires Wachstum in einem sozialen Europa ist nur mit starken Gemeinden, Städten und Regionen zu machen.
- Das Kommunale Selbstverwaltungsrecht in Europa muss – wie es der Vertrag von Lissabon und die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates vorsehen – beachtet und gestärkt werden. In der Vielfalt der Städte und Gemeinden liegt die große Stärke Europas.
- Wir stehen für ein Europa der Subsidiarität und Bürgernähe: Was vor Ort geleistet werden kann, soll auch vor Ort entschieden und umgesetzt werden.
- Ein soziales Europa braucht handlungsfähige und starke Kommunen. Die Städte, Gemeinden und Regionen in Europa brauchen daher eine ihren Aufgaben angemessene und langfristig stabile Finanzausstattung.
- Die Beteiligung der Kommunen an Entscheidungsprozessen in der EU muss weiter gestärkt werden. Die kommunale Ebene kann durch ihre Kenntnis lokaler Bedingungen und Problemstellungen und ihren Sachverstand einen wichtigen Beitrag bei der Gestaltung einer bürgernahen Politik leisten. Die Einrichtung der Urban Agenda ist hierfür ein Schritt in die richtige Richtung. Mit dem Ausschuss der Regionen haben die Kommunen bereits eine starke Stimme im europäischen Gesetzgebungsprozess
- Für eine notwendige Erneuerung der Sozialdemokratie in Europa ist es notwendig, die Kommunalpolitik bei der Formulierung unserer Politik stärker zu berücksichtigen. Unsere KommunalpolitikerInnen müssen noch stärker in die Führungsgremien und in die programmatische Arbeit eingebunden und die kommunalpolitischen Organisationen unserer Parteien gestärkt werden.

Unsere Prioritäten für ein starkes und soziales Europa

Im Sinne eines sozialen und progressiven Europa setzen wir sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas, uns insbesondere für folgende Prioritäten ein:

1. Qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge sicherstellen

Im Mittelpunkt unserer Politik steht immer der Mensch und nicht der Markt! Wir SozialdemokratInnen setzen uns dafür ein, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse weiterhin fester Bestandteil des europäischen Sozialmodells bleiben. Die Bandbreite dieser Dienstleistungen reicht von der Versorgung mit Wasser und Energie über die Abfallentsorgung, den Öffentlichen Personennahverkehr bis hin zum Gesundheitswesen und sozialen Diensten und der digitalen Infrastruktur. Unser Ziel ist es, durch Modernisierung und Effizienzsteigerung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse die Lebensbedingungen für alle BürgerInnen zu verbessern und zur Überwindung sozialer Ausgrenzung beizutragen. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstattung mit Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen, sichergestellt werden.

2. Bezahlbares Wohnen für jeden

Eine sozialdemokratische Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik ist darauf ausgerichtet den sozialen Zusammenhalt und eine soziale Durchmischung zu befördern. Bezahlbares Wohnen ist für die soziale und ökonomische Stabilität unserer Städte und Gemeinden unverzichtbar. In Regionen mit Wohnungsknappheit muss der Wohnungsbau verstärkt werden. Wir treten dafür ein, dass alle Hindernisse im EU-Wettbewerbsrecht für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus abgebaut werden, die EU mehr Fördermittel und neue Finanzierungsinstrumente für den Wohnungsbau bereit stellt und Maßnahmen getroffen werden, um das Phänomen der privaten Kurzzeitvermietungen für TouristInnen in unseren Städten in den Griff zu bekommen.

3. Für ein soziales Europa mit starken Städten und Gemeinden

Vielorts in Europa ist die Schere zwischen arm und reich im letzten Jahrzehnt weiter auseinandergegangen. Die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit und die Zahl der Menschen, die in Armut leben, ist für einen der reichsten Teile der Welt völlig

inakzeptabel. Wir treten für gerechte Löhne und guten Arbeitsbedingungen überall in Europa ein. Zu einem sozialen Europa gehört, dass alle Menschen in Europa ein Einkommen haben, mit dem man in Würde leben kann. In einem sozialen Europa brauchen wir auch eine soziale Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es wichtig, dass wir neben der Politik auf staatlicher und europäischer Ebene auch begleitende Maßnahmen auf lokaler Ebene ergreifen. Dafür fordern wir die Mitgliedstaaten und die EU auf, den Städten und Gemeinden die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und die finanziellen Mittel bereitzustellen.

4. Für eine solidarische und nachhaltige EU-Förderung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete

Die ärmeren und benachteiligten Regionen und Städte benötigen die Solidarität der europäischen Familie. Die EU unterstützt mit Mitteln aus der Kohäsionspolitik z.B. den Ausbau von Infrastruktur, die Unterstützung des Strukturwandels in alten Industrieregionen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Qualifizierung von Arbeitslosen, die Sanierung von Stadtvierteln oder Projekte im ländlichen Raum. Wir werden uns weiterhin für eine nachhaltige EU-Förderung strukturschwacher Städte und Quartiere und ländlicher Gebiete einsetzen! Wir treten für eine Kohäsionspolitik ein, bei der auch künftig grundsätzlich alle Regionen in der EU förderfähig bleiben, eine Kohäsionspolitik, die angemessen finanziell ausgestattet, weniger bürokratisch und flexibler ist und die lokalen und regionalen Partner stärker einbezieht.

5. Für eine gerechte gemeinsame Einwanderungs-, Migrations- und Asylpolitik in Europa

Der Bedarf an Arbeitskräften wird in den nächsten Jahren aufgrund des demografischen Wandels zunehmen. In einer gelungenen Integration von Zuwanderern liegt die Chance, unsere Gesellschaft zu bereichern und unsere wirtschaftliche Entwicklung langfristig zu sichern. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die schutzbedürftig sind, ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Solidarität. Bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort wie auch bei der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern, die dauerhaft in der EU bleiben, spielen die Kommunen eine wichtige Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Gemeinden, für ihr integrationspolitisches und ihr humanitäres Engagement von der EU unterstützt werden.

6. Gleichstellung voranbringen

Die Gleichstellung von Frau und Mann muss bei der Gestaltung der Politik in den Kommunen stärker berücksichtigt werden, wenn es um konkrete Aspekte des täglichen Lebens geht wie Arbeitswelt, Wohnraum, Sicherheit oder öffentliche Verkehrsmittel. Die Gleichstellung von Frau und Mann muss sowohl in der Verwaltung und in kommunalen Betrieben stärker gefördert werden. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass mehr Frauen in den Kommunalparlamenten in Europa Politik mitgestalten.

7. Klimaschutz und der Energiewende in den Kommunen vorantreiben.

Die Kommunen sind wichtige Akteure beim Klimaschutz und der Energiewende. Wir werden die energetische Gebäude-sanierung, die Erzeugung und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie nachhaltige Siedlungs- und Verkehrskonzepte in unseren „Städten und Gemeinden weiter vorantreiben. Bei der Gestaltung von Politiken und Maßnahmen des Klimaschutzes ist eine Kooperation und Koordination der EU und der nationalen sowie der regionalen und kommunalen Ebenen notwendig. Der Konvent der BürgermeisterInnen für Klima und Energie, dem bereits über 7.500 Kommunen in der EU beigetreten sind, ist eine hervorragende Initiative, bei der Bekämpfung des Klimawandels.

8. Dialog und Kooperation durch kommunale Partnerschaften

Städtepartnerschaften bringen durch grenzübergreifende Begegnungen und Austauschmaßnahmen BürgerInnen aus verschiedenen Ländern zusammen und fördern damit den Dialog und das Zusammenwachsen Europas. Wir SozialdemokratInnen setzen uns dafür ein, dass kommunale Kooperationen und Partnerschaften stärker unterstützt werden.

9. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit verstärken

Als SozialdemokratInnen bekennen wir uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen. Die Lebensgrundlagen der Menschen in Entwicklungsländern und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen müssen für alle Menschen und für alle Generationen erhalten und verbessert werden. Internationale kommunale Partnerschaften können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

10. Gesicht zeigen für unser gemeinsames Europa

Die Sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen bekennen sich zur europäischen Integration und zur Europäischen Union. Wir wollen aktiv zum Erhalt und zur Stärkung unseres gemeinsamen Europas und zu einer lebendigen lokalen Demokratie beitragen. Wir werden uns auch künftig für die Förderung des europäischen Gedankens, einer aktiven Unionsbürgerschaft und den Dialog einsetzen und unsere MitbürgerInnen über die Europäischen Union informieren und ihre existentielle Bedeutung für Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand aufzeigen.